

Klaus Hurrelmann, Tanjev Schultz (Hrsg.) (2014): Wahlrecht für Kinder? Politische Bildung und die Mobilisierung der Jugend

Rezension von *Sebastian Dippelhofer*

Eines der wichtigsten Merkmale einer Demokratie ist das allgemeine Wahlrecht, das den Bürger/-innen die zentrale Einflussnahme auf die soziale und politische Gestaltung ihres Landes bietet – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlechtszugehörigkeit, Einkommen oder Weltanschauung. Seit jeher hart umkämpft, ist dies vor allem in westlich geprägten, kapitalistischen Industrieländern fester Teil demokratischen Denkens und Handelns geworden. Einzig die Festlegung, dieses Recht erst ab der gesetzlichen Volljährigkeit ausüben zu dürfen, schränkt es ein. In den letzten Jahren hat die öffentliche Diskussion zugenommen, diese Restriktion aufzuheben und das Wahlalter zu senken – besonders durch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (CRC). Neben der Meinungs- und Informationsfreiheit bei sie betreffenden Themen, sichern die Vertragsstaaten, zu den neben Somalia u.a. die USA nicht gehören, den Kindern die Berücksichtigung ihrer Vorstellungen zu.

Daraus ist zwar keine direkte Änderung des Wahlalters ableitbar, hat aber die emotional und kontrovers geführte Diskussion darüber weiter angefacht – so ist es nur konsequent, sie in gebündelter Form aufzuarbeiten und, wie oft gefordert, zu versachlichen. Eine solche Plattform bietet der von *Klaus Hurrelmann* und *Tanjev Schultz* herausgegebene Sammelband. Gebeten, sich so dezidiert als möglich zu äußern, legen Befürworter/-innen wie Gegner/-innen ihre Argumente dar. Sie formulieren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen wie politischen Perspektiven und Betätigungsfeldern theoretisch wie empirisch fundierte Stellungnahmen, unterlegen sie teils mit persönlichen Ansichten und diskutieren Modelle der Umsetzung. Neben einem einleitenden Vorwort kommen die Kontrahent/-innen mit jeweils neun profunden Beiträgen zur Wort. Ein Streitgespräch der Herausgeber resümiert deren Positionen kritisch.

Im ersten Teil des Buches betonen Befürworter wie *Thomas Krüger* und *Dominik Bär* die Bedeutung einer Umsetzung der CRC, die auch positiv auf den gesellschaftspolitischen Umgang mit Kindern wirken kann. Ergänzt wird das durch eine Diskussion von *Wolfgang Gründinger* über die Argumente gegen ein Kinderwahlrecht, das aus Schüler/-innensicht von *Felix Finkbeiner* eingefordert wird. *Jörg Tremmel* sieht diese Beschrän-

Klaus Hurrelmann, Tanjev Schultz (Hrsg.) (2014): Wahlrecht für Kinder? Politische Bildung und die Mobilisierung der Jugend. – Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 264 S., ISBN: 978-3-7799-2754-9.

kung als Ausdruck epistokratischen Denkens. Ebenfalls aus eher theoretischer Sicht begründen *Lena Rohrbach* und *Andreas Pittrich* ein Mitbestimmungsrecht der Kinder. Auf psychiatrischen Befunden basierend, bekräftigt *Gunther Moll* diese Forderung. Dem fügt *Kurt-Peter Merk* eine Bilanz über eine potentielle Verfassungswidrigkeit des aktuellen Wahlrechts hinzu. Sich ebenfalls für das CRC einsetzend, tritt auch *Jörg Maywald* für eine solche Änderung ein. Abschließend äußert sich die ehemalige Hamburger Justizsenatorin *Lore Maria Peschel-Gutzeit* ähnlich.

Den gegnerischen Blick eröffnet *Alexander Bagattini* mit dem Hinweis, dass Kindheit ein schützenswertes Gut ist. *Hubertus Buchstein* diskutiert Chancen und Risiken eines von den Eltern stellvertretend ausgeübten Wahlrechts. Hier knüpft *Ursula Hoffmann-Lange* mit der Frage nach der Praktikabilität eines geburtsbedingten Wahlrechts an. Obgleich das jetzige Wahlalter begrüßt wird, sehen *Achim Goerres* und *Guido Tiemann* die Relevanz sozialwissenschaftlicher Analysen, um gegebenenfalls auch Änderungen zu begründen. Juristisch abgesichert sieht *Gabriele Kokott-Weidenfeld* die Altersgrenze als logisch und konsequent – wie andere Autor/-innen aber auch als variabel an. Mit Blick auf eigene Anstrengungen und Erfahrungen pointiert *Nicolas Kleenworth*, dass die Mehrheit der Schüler/-innen nicht wählen will. Ähnlich äußert sich *Simon Peeck*, der die damit verbundene Verantwortung resümiert. *Stephan Eisel* hält aus rechtlicher wie empirischer Sicht die jetzige Altersgrenze für adäquat. Ähnlich argumentiert der bayerische Innenminister *Joachim Herrmann* hinsichtlich politischer Mündigkeit. Das abschließende Streitgespräch geht auf zentrale Aspekte dieser Ansichten ein.

Mit diesem Sammelband gelingt es, die facettenreichen Sichtweisen zu diesem Thema zu fassen und gegenüber zu stellen. Die sich in beiden Fraktionen spiegelnde Vielzahl an Blickwinkeln zeigt, dass die Vorstellungen, inwieweit und wie Heranwachsende an Wahlen teilhaben dürfen und dazu vorbereitet sind, nicht je nach wissenschaftlicher Disziplin, Generation oder der Sicht auf Kinderrechte eindeutig beantwortbar ist. Es besteht vielmehr ein davon unabhängiger Reigen an Begründungen dafür und dagegen, die auch auf individuellen Orientierungen und Interpretationen basieren dürften und keineswegs einfache Antworten erlauben. Ferner zeigen sich innerhalb beider Gruppen Differenzierungen: Sowohl hinsichtlich der Vorschläge zur Veränderung des Wahlalters, als auch mit Blick auf die Beibehaltung des Status quo, der besonders in wissenschaftlicher Perspektive nicht statisch scheint.

Zwei kleine Kritikpunkte seien angebracht: Zuweilen ist es irritierend, wenn einige Beiträge ohne wirkliche Erläuterungen Kinder und Jugendliche synonym bzw. parallel setzen – eine diskussionswürdige Gleichsetzung, die sich bereits im Titel spiegelt. Hier hätten sicherlich begriffliche Präzisierungen geholfen. Ferner erstaunt die formal nicht einheitliche Gestaltung der Beiträge und ihre unterschiedliche Länge – diese ist bei den wissenschaftlichen Aufsätzen ausgeprägter als besonders bei den jugendlichen Autor/-innen. Das schmälert aber weder die Relevanz dieses Themas noch die Notwendigkeit, sich dem intensiv und sachlich zu widmen. Dazu trägt die vorliegende Streitschrift bei, gerade weil sie der Vielfalt und Komplexität der Auseinandersetzung Rechnung trägt. Dadurch gelingen konstruktive Denkanstöße zur politischen Bildung, die auch von jenen kommen, um die es eigentlich geht. Für einen nachhaltigen Diskurs dürfte es unabdingbar sein, diese Perspektiven weiterhin zu erfassen und zu versuchen, sie auch in ihren sozialisatorischen Implikationen und Voraussetzungen, etwa im Rahmen der politischen Bildung, zu ergründen.